

Aarau, 20. Juli 2016

## **Medienmitteilung**

**Vernehmlassungsbericht zur Verselbständigung der städtischen Alters- und Pflegeheime**  
**Stadtrat interpretiert Ergebnisse nach eigenem Gusto**  
Trotz klarer Ablehnung entscheidet sich der Stadtrat für eine Weiterverfolgung der Verselbständigungspläne für die städtischen Altersheime. Ein Vorgehen, das der VPOD klar ablehnt.

Die Ergebnisse im Vernehmlassungsbericht zur Verselbständigung der städtischen Altersheime sind klar: die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stellen sich gegen eine Verselbständigung. Zudem sind gemäss Bericht die Anstellungsverhältnisse und die politische Einflussnahme wichtige Themen, die der Stadtrat weiterbearbeiten soll. Bizarren muten die Schlussfolgerungen des Stadtrates an, der aus den Ergebnissen „eine tendenzielle Zustimmung für eine gemeinnützige Aktiengesellschaft“ herausliest. Eine klare Mehrheit der Stimmen – immerhin haben sich alle städtischen Parteien und Personalverbände an der Vernehmlassung beteiligt – ist gegen die Verselbständigung in eine Aktiengesellschaft. Auch wenn die „neutralen“ Stimmen als Zustimmung interpretiert werden, wie es der Stadtrat macht, kommt es zu einer Pattsituation, die keineswegs zu einer Weiterverfolgung der Verselbständigung legitimiert. Zudem ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht eine „neutrale“ Antwort als Bestätigung des Status-Quo oder als *missing value* zu werten. Aus Sicht des VPOD geht die Rechnung des Stadtrates nicht auf und die beschlossene Weiterverfolgung der Verselbständigung der städtischen Altersheime wertet er als Zwängerei. Positiv hingegen ist die Einsicht, dass die zukünftigen Anstellungsverhältnisse und die politische Einflussnahme noch einmal neu angeschaut werden müssen. Der VPOD setzt sich weiterhin für einen Gesamtarbeitsvertrag für das Personal ein, sollten die städtischen Altersheime verselbständigt werden.

Der VPOD ist enttäuscht über die Haltung des Stadtrates, den eigenen Weg trotz der vorliegenden Vernehmlassungsergebnisse weiterzuverfolgen. Das schadet der Glaubwürdigkeit des Stadtrates. Unter diesen Umständen wird der Stadtrat vermutlich einen politischen Schiffbruch erleiden, entweder im Parlament und bei einer allfälligen Volksabstimmung. Und dieser nützt weder den Bewohner/innen noch den Angestellten der Altersheime, wie auch nicht der Bevölkerung der Stadt Aarau etwas.

*Weitere Auskünfte für Medienschaffende:*

*Silvia Dell'Aquila, Regionalleiterin Aargau/Solothurn, 076 433 91 06, [silvia.dellaquila@vpod-agso.ch](mailto:silvia.dellaquila@vpod-agso.ch)*